

Die späteren Männer des 20. Juli um Henning v. Tresckow beteiligten sich im Stab der Heeresgruppe Mitte am Feldzug gegen die Sowjetunion. Wie stellten sie sich im Sommer 1941 zu den dunklen Seiten dieses rassenideologischen Vernichtungskriegs, zu den Kriegsverbrechen und Massenmorden? Die Kontroverse um diese Frage, die über das Spezialthema hinaus die Bewertung des „Unternehmens Barbarossa“ und des Widerstands gegen Hitler insgesamt berührt, geht weiter. Hermann Graml hat die Forschungsergebnisse von Johannes Hürter und Felix Römer entschieden bezweifelt (Januarheft 2006). Jetzt antworten beide ihrem Kritiker.

Johannes Hürter und Felix Römer

## Alte und neue Geschichtsbilder von Widerstand und Ostkrieg

Zu Hermann Gramls Beitrag „Massenmord und Militäropposition“

Der Münchner Historiker Hermann Graml, der seit über fünfzig Jahren dem Institut für Zeitgeschichte angehört, hat in der Januarausgabe der Vierteljahrshefte unsere Sicht auf die Rolle oppositioneller Offiziere zu Beginn des „Unternehmens Barbarossa“ und generell auf den deutsch-sowjetischen Krieg scharf kritisiert<sup>1</sup>. Im Kern dieser Debatte steht die Frage, welche Haltung die späteren Verschwörer im Heeresgruppenkommando Mitte, also die Männer um Henning v. Tresckow, gegenüber den Judenmorden der Einsatzgruppe B und der radikalen deutschen Repressionspolitik während der Anfangsmonate des Ostfeldzugs einnahmen. Darüber hinaus wird diskutiert, welche Bedeutung die Erfahrungen des Vernichtungskriegs für diese Offiziere auf ihrem Weg in den Widerstand besaßen.

Auf der Grundlage bislang unbekannter Quellen hatte Johannes Hürter nachgewiesen, dass die Führung der Heeresgruppe Mitte von den Erschießungsaktionen der Einsatzgruppe B bereits frühzeitig umfassende Kenntnis erhielt. Dennoch formierte sich im Heeresgruppenkommando dagegen erst Protest, als die Einsatzgruppe B im Herbst 1941 von den anfänglichen selektiven Exekutionen zum unterschiedslosen Massenmord übergegangen war<sup>2</sup>. Außerdem hatte Hürter auf den großen Stellenwert militärisch-professioneller Motive hingewiesen, die gerade bei denjenigen Offizieren, die im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte das Scheitern des Feldzugs und die Winterkrise 1941/42 erlebten, zu ihrem Entschluss zum Umsturzversuch maßgeblich beitrugen. Felix Römer hatte in dieselbe Richtung argumentiert und, ebenfalls auf der Grundlage neuer Quellen,

<sup>1</sup> Vgl. Hermann Graml, Massenmord und Militäropposition. Zur jüngsten Diskussion über den Widerstand im Stab der Heeresgruppe Mitte, in: VfZ 54 (2006), S. 1–24.

<sup>2</sup> Vgl. Johannes Hürter, Auf dem Weg zur Militäropposition. Tresckow, Gersdorff, der Vernichtungskrieg und der Judenmord. Neue Dokumente über das Verhältnis der Heeresgruppe Mitte zur Einsatzgruppe B im Jahr 1941, in: VfZ 52 (2004), S. 527–562.

das konforme Verhalten des Heeresgruppenkommandos Mitte bei der Umsetzung der so genannten verbrecherischen Befehle belegt<sup>3</sup>.

Da wir von der Kritik Hermann Gramls nicht allein wegen unserer Beiträge über die späteren Widerstandskämpfer um Henning v. Tresckow, sondern auch als jüngere Erforscher des Ostkriegs angesprochen sind<sup>4</sup>, fühlen wir uns gleich doppelt aufgefordert, zu seinen gravierenden Kritikpunkten Stellung zu beziehen. Dabei sind vor allem sechs zentrale Thesen unseres Kritikers zu diskutieren.

## 1. Darf die Widerstandsforschung eine Magd sein?

Hermann Gramls Beitrag überrascht mit einem freimütigen und weitreichenden Bekenntnis zur Geschichtspolitik, die seine Argumentation tatsächlich merklich beeinflusst<sup>5</sup>. Unter Berufung auf eine eher fragwürdige historiographische Tradition der Instrumentalisierung von Geschichte rechtfertigt er eine politisch geleitete „Zwecksetzung“ der Geschichtsschreibung. Es sei gar „nicht zu verurteilen“, mit ihrer Hilfe politische Ziele zu verfolgen: Die Geschichtswissenschaft habe sich doch schon immer „als Magd“ verhalten. Warum die politischen Intentionen der älteren deutschen Widerstandsforschung „neuerdings“ kritisch wahrgenommen werden, ist daher für Graml geradezu „unerfindlich“.

Mit einer solchen Auffassung von der Widerstandsforschung als Magd wird einer politischen Funktionalisierung der Wissenschaft das Wort geredet. Gewiss sollte man Geschichtspolitik nicht a priori negativ bewerten, „denn ‚progressive‘, d. h. aufklärerische und emanzipatorische usw. Funktionen, Intentionen und Wirkungen“ sind mit ihr ebenso zu erreichen „wie ‚regressive‘, d. h. allein legitimatorische oder traditionale“<sup>6</sup>. Auch in der geschichtspolitischen Aufarbeitung des Widerstands gegen die NS-Diktatur sind diese beiden gegensätzlichen Tendenzen zu erkennen. Die Forschung zur Rezeptionsgeschichte des deutschen Widerstands gewichtet freilich mit gutem Grund die regressiven Merkmale dieser Geschichtspolitik stärker als ihre progressiven Leistungen, die vor allem für die unmittelbare Nachkriegszeit anerkannt werden. Es ist unstrittig, dass die frühe Widerstandsforschung dazu beigetragen hat, dem Widerstand in der deutschen Gesellschaft Geltung zu verschaffen und die verbreitete Stigmatisierung der Verschwörer zu überwinden<sup>7</sup>. Allerdings herrscht heute auch Einigkeit darüber, dass

<sup>3</sup> Vgl. Felix Römer, Das Heeresgruppenkommando Mitte und der Vernichtungskrieg im Sommer 1941, in: VfZ 53 (2005), S. 451–460, als Entgegnung auf Gerhard Ringshausen, Der Aussagegewert von Paraphen und der Handlungsspielraum des militärischen Widerstandes, in: VfZ 53 (2005), S. 141–147.

<sup>4</sup> Vgl. demnächst Johannes Hürter, Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München 2006. Felix Römers Dissertation, eine quantifizierende Untersuchung über die Umsetzung des Kommissarbefehls, liegt ebenfalls in Kürze vor.

<sup>5</sup> Vgl. hierzu und zum Folgenden Graml, Massenmord, S. 6 f.

<sup>6</sup> Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999, S. 27.

<sup>7</sup> Vgl. Peter Steinbach, Widerstand im Dritten Reich – die Keimzelle der Nachkriegsdemokratie? Die Auseinandersetzung mit dem Widerstand in der historischen politischen Bildungsarbeit, in den Medien und in der öffentlichen Meinung nach 1945, in: Gerd R. Ueberschär

die öffentliche Rehabilitierung der Widerständler schon frühzeitig in eine vorbehaltlose Idealisierung übergang. Selbst die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Geschichte des Widerstands geriet schon bald zur „Arbeit am Mythos“<sup>8</sup>. So einflussreiche Historiker wie Hans Rothfels und Gerhard Ritter stilisierten die Widerstandskämpfer zu vorbildlichen Patrioten ohne jeglichen Makel und kanonisierten ein Widerstandsbild, dessen Pathos keinen Platz für Kritik ließ<sup>9</sup>.

Die Überhöhung der Widerständler diene auch gesellschaftspolitischen und legitimatorischen Zwecken, nicht zuletzt der Abwehr des Kollektivschuldvorwurfs. Zur Rhetorik dieser kollektiven Exkulpation gehörte der Rekurs auf die biblische Geschichte der Gerechten von Sodom<sup>10</sup>. „Es können vielleicht fünfzig Gerechte in der Stadt sein; wolltest du die umbringen und dem Ort nicht vergeben um fünfzig Gerechter willen, die darin wären?“ So fragt Abraham seinen Gott, als dieser die sündige Stadt Sodom vernichten will<sup>11</sup>. Henning v. Tresckow soll in einem häufig zitierten Ausspruch auf dieses Bild zurückgegriffen haben. Es ist bezeichnend, dass auch Hermann Graml den fragwürdigen Vergleich mit dieser Bibel-Stelle anstellt, um den geschichtspolitischen Intentionen eines Hans Rothfels gewissermaßen Gottes Segen zu geben – wobei er allerdings Abraham und Lot verwechselt. Die Absicht, „das mehrheitlich in Sünde gefallene Bürgertum und den Adel zu rehabilitieren“, verkennt auch er nicht<sup>12</sup>. Es überrascht daher umso mehr, dass Graml diese nicht gerade „progressiven“ geschichtspolitischen Ziele der frühen Widerstandsforschung in seinem Beitrag bagatellisiert und rechtfertigt.

---

(Hrsg.), Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime, Berlin 1998, S. 98–124; Gerd R. Ueberschär, Von der Einzeltat des 20. Juli 1944 zur „Volksopposition“? Stationen und Wege der westdeutschen Historiographie nach 1945, in: Ebenda, S. 125–157.

<sup>8</sup> Ulrich Heinemann, „In den Herzen der Deutschen nie wirklich Wurzeln geschlagen?“ Betrachtungen zur Rezeptionsgeschichte des 20. Juli 1944, in: Deutschland-Archiv 38 (2005), S. 675–682, hier S. 675.

<sup>9</sup> Vgl. Christoph Cornelißen, Hans Rothfels, Gerhard Ritter und die Rezeption des 20. Juli 1944. Konzeptionen für ein „neues Deutschland“? In: Johannes Hürter/Hans Woller (Hrsg.), Hans Rothfels und die deutsche Zeitgeschichte, München 2005, S. 97–120. Cornelißen spricht von „einer zunehmenden Monumentalisierung und Überzeichnung des deutschen Widerstands, die einer kritisch-wissenschaftlichen Auseinandersetzung immer engere Grenzen setzte. Wohl kaum zufällig dauerte es daher bis Mitte der 1960er Jahre, bevor neue Ansätze zum Durchbruch gelangen konnten. Weder Rothfels noch Ritter haben diese Wende jedoch mitgetragen.“ (Ebenda, S. 118.) Im Übrigen gehörte zu dieser Zeit auch Hermann Graml zu denjenigen, die einen Beitrag zu solchen neuen Ansätzen leisteten. Vgl. Hermann Graml, Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes, in: Walter Schmitthenner/Hans Buchheim (Hrsg.), Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien, Köln 1966, S. 15–72.

<sup>10</sup> Zur Geläufigkeit dieses Rekurses vgl. Steinbach, Widerstand, in: Ueberschär (Hrsg.), Der 20. Juli 1944, S. 109, Anm. 18. Vgl. auch die Formulierung vom „Kult der Gerechten“ bei Heinemann, Herzen, S. 677.

<sup>11</sup> Genesis 18,24. Schließlich gelingt es Abraham sogar, Gott auf zehn Gerechte herunter zu handeln, doch Gott findet nur einen einzigen Gerechten, Lot, den er mit seiner Familie aus Sodom retten lässt. Vgl. Genesis 18,16–19,29.

<sup>12</sup> Graml, Massenmord, S. 7.

Gewiss steht es den Nachgeborenen nicht an, zu kritisch oder gar selbstgerecht über die frühen Widerstandsforscher zu urteilen. Sie erfüllten in der jungen Bundesrepublik eine wichtige Funktion. Eine ganz andere Frage ist jedoch, ob man sich diese Art von Geschichtspolitik auch heute noch zum Maßstab des eigenen Forschens nehmen sollte. Das darf man doch entschieden verneinen, zumal die „Arbeit am Mythos“, auf deren Fortführung Gramls Plädoyer hinausläuft, längst überflüssig geworden ist. Das Gedenken an den Widerstand gegen Hitler ist in der politischen Kultur unserer Gesellschaft tief verankert. Die Vorbildfunktion der Widerständler steht außer Zweifel, auch für uns. Gramls Vorwurf, dass wir einen „historischen Schuldpruch“ fällen wollten, ist ein nur schwer nachvollziehbares Missverständnis. In unseren Beiträgen geht es erklärtermaßen um Differenzierung, nicht um Diskreditierung<sup>13</sup>. Ist es so unverständlich, wenn jüngere Historiker nicht mehr bereit sind, an alten Legenden zu stricken? Die „wissenschaftliche und politische Rezeption des Attentats [ist] gefestigt genug“, um „auf die Fiktion ungebrochener Lichtgestalten verzichten und die Arbeit an der Rekonstruktion menschlicher Biographien mit ihren Irrtümern, Fehlern und Brüchen vorantreiben zu können“, meinte jüngst Stephan Malinowski<sup>14</sup>. Die Hagiographie der Nachkriegszeit war mit einer „Komplexitätsreduktion“<sup>15</sup> verbunden, wie sie für Geschichtspolitik charakteristisch ist. Sie muss einem neuen, einem reflektierten Widerstandsbild weichen. Die große Tat der Widerstandskämpfer wird dabei nicht in Frage gestellt. Über seine Vorbilder muss man aber wissen, wer sie waren und wie sie zu dem wurden, was sie vorbildlich macht.

## 2. Sind Erinnerungen vertrauenswürdiger als zeitgenössische Akten?

Es ist aus seiner Sicht nur allzu konsequent, dass Hermann Graml die Rechtfertigung der Geschichtspolitik der 1950er Jahre und die Kanonisierung des in dieser Zeit entstandenen Widerstandsbilds mit der Rechtfertigung und Kanonisierung jener Quellen verbindet, die dieses Bild stützen. Angesichts der schmalen Quellenbasis bleibe die Forschung von den Nachkriegsaussagen Gersdorffs und Schlabrendorffs abhängig<sup>16</sup>, die man trotz des einen oder anderen begreiflichen Versuchs der „Kosmetik“ in den wesentlichen Punkten nicht anzweifeln dürfe – zumal Gersdorff ein „ehrvoller Offizier“ gewesen sei und vom „strengen und jeglicher Phan-

<sup>13</sup> Andere als Hermann Graml haben das auch durchaus anerkannt. So Heinemann, Herzen, S. 682: „Selbst die jüngeren kritischen Historiker, die in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte auf die Partisanenkriegsbeteiligung Tresckows und Gersdorffs hingewiesen hatten, taten das unter voller Würdigung des Mutes und der Leistungen dieser Verschwörer.“ Heinemann plädiert für ein Widerstandsbild, das „nicht eindimensional, sondern vielschichtig“ ist. „Es zeigt keine ‚reinen‘ Helden, sondern mutige und tatkräftige Menschen in ihrem Irrtum und in ihrem Widerspruch.“ Vgl. auch Volker Ullrich, in: *Die Zeit*, Nr. 37 vom 2. 9. 2004, S. 46.

<sup>14</sup> Stephan Malinowski, *Vom König zum Führer. Deutscher Adel und Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. <sup>3</sup>2004, S. 592.

<sup>15</sup> Wolfrum, *Geschichtspolitik*, S. 29.

<sup>16</sup> Vgl. vor allem Rudolf-Christoph Frhr. v. Gersdorff, *Soldat im Untergang*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1977; Fabian v. Schlabrendorff, *Offiziere gegen Hitler*, Neuauf. Zürich/Wien/Konstanz 1951.

tasie abholden Juristen“ Schlabrendorff bestätigt werde<sup>17</sup>. Dagegen sei es jedoch „unangebracht“, militärischen Akten allzu großes Vertrauen zu schenken, erst recht den „Papieren, die von Soldaten im Kriege geschrieben werden“<sup>18</sup>. Die Dokumentation Hürters, die sich teilweise auf „gänzlich nichtssagende Vorgänge und Quellentexte“ stütze<sup>19</sup> (welche sind damit gemeint?), zeigt für Graml daher vor allem, wie „mühsam und oft vergeblich es ist, die Erinnerungen überlebender Angehöriger von Widerstandsgruppen mit zeitgenössischem Material zu konfrontieren“<sup>20</sup>.

Es ist Hermann Graml zuzustimmen, dass die historisch-kritische Methode „mühsam und oft vergeblich“ ist. Doch genau diese Mühe ist das Geschäft des Historikers, dessen Handwerk vor allem auch im geduldigen Zusammentragen, Vergleichen und Auswerten verschiedenster Dokumente zu einem Gegenstand besteht. Das unterscheidet ihn von jenen Politikern und Publizisten, die sich stärker von einer geschichtspolitischen „Zwecksetzung“ als durch eine nüchterne, freilich auch zeitaufwändige Analyse der Quellen leiten lassen. Gramls Vertrauen in retrospektive Zeugnisse bei gleichzeitigem Misstrauen in zeitgenössisches Aktenmaterial verblüfft ebenso wie seine Abneigung, beide Quellengruppen analytisch miteinander zu verbinden. Verwirrend ist auch, dass Graml sehr dezidiert zwischen den Erinnerungen unterscheidet, denen die Widerstandsforschung nahezu uneingeschränkt zu vertrauen und zu folgen habe (Gersdorff, Schlabrendorff), und jenen, die „als Beleg untauglich“ seien, da ihre Autoren von Graml ohne weitere Begründung mit dem Verdikt „notorisch unzuverlässiger Zeuge“ versehen werden (Alexander Stahlberg)<sup>21</sup>. Neben der Geschichtspolitik spielen offenbar auch Klischees („flotter Kavallerist“, „strenger Jurist“) und persönliche Beurteilungen des Charakters („ehrentoll“ versus „notorisch unzuverlässig“) eine Rolle.

Gegenüber einer solchen hierarchisierenden Quellenbeurteilung ist umso mehr daran festzuhalten, dass die ältere Widerstandsforschung genau das versäumt hat, was Hermann Graml uns vorwirft: die Nutzung der zeitgenössischen Quellen und vor allem auch der dienstlichen Aktenüberlieferung, die das Bild der späteren Männer des 20. Juli, das die zahllosen Erinnerungen und Oral-History-Zeugnisse nach dem Krieg zeichnen, sehr wohl ergänzen können. Warum sollte man vor dieser quellenkritischen Kontrastierung, die letztlich auf eine Differenzierung hinausläuft, Scheu haben? Und lässt es sich bestreiten, dass es erst Christian Gerlach Mitte der 1990er Jahre war, der das – für ihre Biographie nicht ganz unwesentliche – Verhalten der oppositionellen Offiziere der Heeresgruppe Mitte im rassenideologischen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion anhand der Akten hinterfragt hat? Gewiss, einige Dokumente zu diesem Komplex sind erst nach der Wende von 1989/90 zugänglich geworden, doch die meisten deutschen Militärakten lagen schon seit Jahrzehnten im Freiburger Militärarchiv.

<sup>17</sup> Vgl. Graml, Massenmord, S. 2f. Als ob eine zweifelhafte Aussage schon allein dadurch an Glaubwürdigkeit gewinne, dass sie ein zweiter Zeuge derselben Partei wiederholt!

<sup>18</sup> Ebenda, S. 12f.

<sup>19</sup> Ebenda, S. 7.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 2.

<sup>21</sup> Ebenda, S. 18.

Kein namhafter Widerstandsforscher hat sich zuvor um diese Akten gekümmert. Darf man das nicht ein Versäumnis nennen? Hermann Graml tiefe Skepsis gegenüber zeitgenössischen Quellen liefert selbst den Beleg dafür, welche Berechtigung unsere „Versäumnisklage“ tatsächlich hat.

Mit einer überzogenen Reserve gegenüber Zeitdokumenten im Allgemeinen und Militärakten im Speziellen kommt die Forschung nicht weiter. Sehr merkwürdig ist außerdem, welches Beispiel Graml für die Unzuverlässigkeit des Wortlauts militärischer Akten anführt. In der Winterkrise vor Moskau 1941/42 – so behauptet er – hätten zahlreiche Kommandeure „stillschweigend“ gegen Hitlers Haltebefehle verstoßen<sup>22</sup>. Damit wird suggeriert, dass die dienstliche Überlieferung davon nichts berichte, da ein offener Gegensatz zu den Befehlen des Diktators nicht opportun gewesen sei. Diese Behauptung zeugt von einer bemerkenswerten Unkenntnis der militärischen Operationen und ihrer Dokumentation durch die Kommandobehörden. Genau das Gegenteil ist nämlich der Fall: Die Kriegstagebücher der Heeresgruppe Mitte und der ihr unterstellten Verbände aus dieser Krisenzeit sind voll von ungeschminkten Berichten über befehlswidrige Rückzüge<sup>23</sup>. Kein militärischer Führer konnte ohne Information der vorgesetzten Stellen und der dadurch unmittelbar betroffenen Nachbarverbände, also „stillschweigend“, einen Rückzug verantworten. Die militärischen Akten dienten der Rechtfertigung des eigenen Handelns, gerade wenn es aus der Not heraus gegen höchste Befehle verstieß. Ihr Quellenwert gerade für die Krisenmonate Dezember 1941 und Januar 1942 ist Hermann Graml offenbar entgangen. Auch in diesem Zusammenhang mutet sein unterschwelliger Vorwurf, wir würden nichts vom „Phänomen Krieg“ verstehen<sup>24</sup>, sehr eigentümlich an.

Doch wie man Erinnerungen und Akten grundsätzlich auch immer bewerten mag, so kommt man im speziellen Fall der oppositionellen Offiziere im Heeresgruppenkommando Mitte an einer unumstößlichen Tatsache nicht vorbei: Da ist auf der einen Seite das Zeugnis eines Überlebenden, der – assistiert von einem anderen Überlebenden – steif und fest behauptet, erst das Massaker von Borisov im Oktober 1941 habe den Offizieren um Tresckow die Augen über die Massenverbrechen im Ostfeldzug geöffnet. Und da ist auf der anderen Seite ein vom Stab der Heeresgruppe abgezeichneter Bericht der Einsatzgruppe B, der hieb- und stichfest belegt, dass diese Offiziere bereits ein Vierteljahr früher sehr genau über die massenhaften Erschießungen von Juden in ihrem Befehlsbereich informiert waren. Die eine Quelle sind die Nachkriegsberichte Gersdorffs (und Schlabrendorffs), die andere Quelle ist das zeitgenössische Dokument, das Johannes Hürter gefunden und in einem größeren Zusammenhang diskutiert hat. Welche Quelle verdient nun das Vertrauen des Historikers? Das rückschauende Selbst-

<sup>22</sup> Ebenda, S. 13.

<sup>23</sup> Z. B. das Kriegstagebuch der Heeresgruppe Mitte aus dem Dezember 1941, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i.Br. (künftig: BA-MA), RH 19 II/122. Vgl. auch Klaus Reinhardt, *Die Wende vor Moskau. Das Scheitern der Strategie Hitlers im Winter 1941/42*, Stuttgart 1972; Hürter, *Heerführer*, Kap. II, 2.

<sup>24</sup> Vgl. Graml, *Massenmord*, S. 16.

zeugnis Gersdorffs ist hier nicht nur „geschönt“ oder ein „Versuch zur Kosmetik“, sondern schlichtweg falsch. Dies festzustellen, ist weder „mühsam“ noch „vergeblich“. Und das dadurch berührte Thema – die Kenntnis von Massenverbrechen und die Kooperation mit der Sicherheitspolizei – ist alles andere als ein unwesentlicher Punkt. Der Widerspruch, der durch die Konfrontation des retrospektiven mit zeitgenössischem Quellenmaterial offengelegt wird, wirft Fragen auf, und diese Fragen muss der kritische Historiker, der sich nicht in der Tradition einer inzwischen überholten Geschichtspolitik sieht, auch stellen.

### 3. War der Ostfeldzug teilweise ein ganz normaler Krieg?

Hermann Graml kündigt zu Beginn seines Beitrags an, über das Spezialthema hinaus „an einige Gesichtspunkte zu erinnern, die beim Umgang mit dem großen Thema ‚Wehrmacht und der Krieg gegen die Sowjetunion‘ stets eine Rolle spielen sollten“<sup>25</sup>. Was dann folgt, sind „hübsche Anekdoten“, unbelegte Behauptungen und irreführende Vergleiche, die ein Bild vom Krieg an der Ostfront vermitteln, das im scharfen Widerspruch zu grundlegenden Erkenntnissen der modernen Forschung steht. Die außergewöhnliche Brutalität des deutsch-sowjetischen Krieges, die Verbrechen der deutschen Truppen, die Virulenz ideologischer Feindbilder werden relativiert<sup>26</sup>, unterschätzt<sup>27</sup>, zum Teil regelrecht verharmlost<sup>28</sup>. Graml konterkariert den erzielten Forschungsstand durch ein anekdotisches Geschichtsbild: Die deutschen Soldaten bekamen bei ihrem Einmarsch Brot und Salz gereicht<sup>29</sup>, aßen Eierkuchen mit russischen Mütterchen<sup>30</sup>, hatten Mitleid mit ängstlichen Juden<sup>31</sup> und liebten die russische Literatur<sup>32</sup>. Gramls Beweisführung beschränkt sich weitgehend darauf, derartige Impressionen wiederzugeben. Reicht das aus, um andere „Gesichtspunkte“ in der Forschung zu etablieren? Was soll damit bewiesen werden? Dass die neueren Forschungsergeb-

<sup>25</sup> Ebenda, S. 1.

<sup>26</sup> Ebenda, S. 21: „In allen Armeen der Welt neigen viele ihrer Angehörigen dazu, gegen wirkliche und vermeintliche Partisanen [...] mit äußerster Rücksichtslosigkeit zu reagieren.“

<sup>27</sup> Graml, Massenmord, behauptet, dass Antisemitismus (S. 8) und antislawische Feindbilder im Ostheer „nicht so weit verbreitet“ (S. 15) gewesen seien. Die Vorstellung, dass „Härten und Grausamkeiten während eines Krieges [...] Haß oder Verachtung und obendrein Brutalität“ voraussetzen, zeuge von „Unkenntnis des Phänomens Krieg“ (S. 16).

<sup>28</sup> Die Gewaltakte deutscher Truppen werden als „üble Handlungen“ (ebenda, S. 21) „einiger Heeresformationen“ (S. 12) oder als „schlimme Vorfälle“ (S. 15), die „bei einigen Einheiten“ (S. 22) vorgekommen seien, heruntergespielt.

<sup>29</sup> Vgl. ebenda, S. 15. Kein Wort davon, dass dieses Ritual den Eroberer besänftigen sollte, von dem man zum Zeitpunkt des Einmarschs ja noch nicht genau wusste, wie er sich verhalten würde.

<sup>30</sup> Vgl. ebenda, S. 17 f. Kein Wort davon, dass die „beiden Alten“ in dieser „hübschen Anekdote“ unter Todesangst um ihren Sohn standen.

<sup>31</sup> Vgl. ebenda, S. 8. Kein Wort davon, dass sich der zitierte Tagebuchauschnitt gar nicht auf die beargwöhnte „jüdische Intelligenz“ bezog und außerdem selbst einen deutlich antisemitischen Unterton hat.

<sup>32</sup> Vgl. ebenda, S. 15 f. Kein Wort davon, dass sich Begeisterung für Tolstoi und Dostojewski sowie rassistische Geringschätzung der einfachen russischen Bevölkerung keineswegs widersprechen mussten.

nisse über den verbrecherischen Charakter des Ostfeldzugs die positiven Seiten ausblenden und die negativen übertreiben? Dass die trügerischen Idyllen, die es zweifellos selbst in diesem schrecklichen Krieg gab, ein wesentlicher „Gesichtspunkt“ für die Gesamtbeurteilung des Ostkriegs sind? Damit wird Landserromantik an die Stelle von kritischer Wissenschaft gesetzt. Wenn Gramls Geschichtsbild vom Ostkrieg „beim Umgang mit dem großen Thema ‚Wehrmacht und der Krieg gegen die Sowjetunion‘“ künftig „eine Rolle spielen sollte“, wäre das für die Forschung in mehrfacher Hinsicht ein deutlicher Rückschritt. In Anbetracht der modernen Forschungslandschaft ist dies glücklicherweise kaum zu befürchten.

Die „hübschen Anekdoten“ aus den Aufzeichnungen von Soldaten und Veteranen, auf die Hermann Graml seine Argumentation stützt, ließen sich mühelos durch zahllose ganz anders geartete zeitgenössische Quellen kontrastieren. In den Selbstzeugnissen vieler Soldaten, wie etwa im Tagebuch des Truppenarztes eines deutschen Schützenbataillons, sucht man vergeblich nach Hinweisen auf ein „positiv getöntes Rußland-Bild“<sup>33</sup>: „Wir sagen nur immer: ein Scheißvolk.“<sup>34</sup> Und wie erklärt sich Hermann Graml, dass sich viele Truppenbefehlshaber bereits lange vor der Jahreswende 1941/42 Gedanken über das teilweise katastrophale Verhältnis zwischen der Wehrmacht und der Zivilbevölkerung in der besetzten Sowjetunion zu machen begannen<sup>35</sup>? In der deutschen Überlieferung stößt man auf zahllose Beispiele für die „schlimmen Vorfälle“, die, wie Graml einräumt und zugleich herunterspielt, „bei einigen Einheiten“ vorgekommen seien<sup>36</sup>. Zu diesen Einheiten muss beispielsweise auch das Infanterieregiment 56 gerechnet werden. Nachdem Ende Juni 1941 in einer Ortschaft die Leichen von fünf ermordeten deutschen Gefangenen entdeckt worden waren, wurden dort auf Befehl des Regimentskommandeurs umgehend „50 an der Massakrierung der deutschen Soldaten *verdächtige* Juden erschossen“<sup>37</sup>. Das rigorose Vorgehen dieses Regiments entsprach einem geläufigen Handlungsmuster und war kein Einzelfall, wie zahlreiche Forschungsarbeiten nachweisen<sup>38</sup>. Entgegen Gramls Auffassung galt dies auch schon für das Jahr 1941<sup>39</sup>. Die Quellenbelege hierüber sind Legion. So führten allein die Front-

<sup>33</sup> Ebenda, S. 15.

<sup>34</sup> Tagebuch Dr. Herrmann T. (I./Schützenregiment 394), 3. 10. 1941, in: BA-MA, MSg 2/5354, S. 53. Vgl. auch die Aufzeichnungen des Divisionsnachschiebführers 23, in: BA-MA, RH 26-23/91, Bl. 13. Über die Kriegsgefangenen der Division notierte er am 31. 7. 1941: „Es ist finsterstes Untermenschentum.“

<sup>35</sup> Vgl. Hürter, Heerführer, Kap. II, 4, b.

<sup>36</sup> Graml, Massenmord, S. 15 u. S. 22.

<sup>37</sup> 5. Infanteriedivision, Kriegstagebuch (Ia), 28. 6. 1941, in: BA-MA, RH 26-5/7, Bl. 55. Unsere Hervorhebung.

<sup>38</sup> Es ist merkwürdig, dass Herrmann Graml sich auf eine dieser grundlegenden Arbeiten bezieht, obwohl ihre Ergebnisse seinen Aussagen diametral entgegengesetzt sind: Christian Gerlach, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1999. Zur Repressionspolitik des Osttheeres vgl. Jürgen Förster, Die Sicherung des „Lebensraumes“, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4: Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart 1987, S. 1030–1078. Die gesamte kritische Literatur der letzten Jahre aufzulisten, die unsere Sicht belegen, würde hier zu weit führen.

<sup>39</sup> Vgl. Graml, Massenmord, S. 21.

divisionen des XXIX. Armeekorps innerhalb weniger Wochen zwischen Oktober und Dezember 1941 über 1400 Exekutionen an Partisanen und Zivilisten durch<sup>40</sup>. Angesichts der gewaltigen Zahl an zivilen Opfern der deutschen Repressalien und Antipartisanenaktionen wirkt es bagatellisierend, diese systematischen Gewaltakte als „schlimme Vorfälle“ zu qualifizieren. Es handelte sich keineswegs nur um punktuelle Exzesse „einiger Heeresformationen“<sup>41</sup>, sondern vielmehr um die breite, konsequente Realisierung der von vornherein vorgesehenen radikalen deutschen Repressionspolitik: „Aktiver und passiver Widerstand der Zivilbevölkerung ist mit scharfen Strafmaßnahmen im Keime zu ersticken.“<sup>42</sup>

Dass Hermann Graml nicht nur die Systematik dieser Repressionspolitik, sondern zugleich den besonderen Charakter des deutsch-sowjetischen Krieges erkennt, offenbaren auch seine Ausführungen über die Ursachen des vielfach brutalen deutschen Vorgehens in der Partisanenbekämpfung. Die „üblen Handlungen deutscher Soldaten“ interpretiert er durchweg als Affektaten, als spontane Reflexe auf die Partisanengefahr und erklärt sie schlicht mit der „Psyche und Situation der einfachen Soldaten und Subalternoffiziere“<sup>43</sup>. Dieser Erklärungsansatz greift entschieden zu kurz, da er ausschließlich auf die situativen Momente fokussiert und daneben die intentionalen Faktoren vollständig ausblendet. Die gravierenden Auswirkungen der „verbrecherischen Befehle“, der radikalen Befriedungskonzepte und der hochgradigen Ideologisierung der deutschen Truppen werden noch nicht einmal angedeutet. Diese und andere Faktoren waren aber bekanntlich entscheidende Voraussetzungen für die Radikalität der deutschen Kriegführung und Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion. Sie beeinflussten selbstverständlich auch die „einfachen Soldaten“ und unterschieden das Ostheer von „allen Armeen der Welt“, erst recht von denjenigen, mit denen Graml es wiederholt vergleicht<sup>44</sup>. Die abwegigen Vergleiche mit den Streitkräften der Westalliierten, den Armeen des Ersten Weltkriegs oder sogar dem preußischen Heer des 19. Jahrhunderts eignen sich nicht, die Verbrechen der Deutschen im Ostkrieg zu relativieren. Sie wirken vor dem Hintergrund dessen, was die Forschung inzwischen herausgearbeitet hat, äußerst irritierend. So wird etwa die Lage der französischen Kriegsgefangenen nach der Schlacht von Sedan im September 1871 allen Ernstes als Parallele zum Ostfeldzug des Jahres 1941 herangezogen<sup>45</sup>. Indem Graml diesen Zusammenhang herstellt, evoziert er den absurden Vergleich zwischen der Situation der französischen Gefangenen, die kurzfristig ungeschützt in der Kälte biwakieren mussten, und dem Schicksal der etwa drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, die während des Zweiten Weltkriegs in deutschem Gewahrsam umkamen. Man fragt sich, was Hermann Graml dazu veranlasst, die Erkenntnisse der Grundlagenfor-

<sup>40</sup> Vgl. die Ic-Morgenmeldung des XXIX. Armeekorps an das Armeeeoberkommando 6, 7. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20-6/568, Bl. 71.

<sup>41</sup> Graml, Massenmord, S. 12.

<sup>42</sup> Befehl des Armeeeoberkommandos 4 (Abt. O.Qu./Qu.2, Nr. 501/41 g.Kdos.), 8. 6. 1941, in: BA-MA, RH 24-53/190.

<sup>43</sup> Hierzu und zum Folgenden vgl. Graml, Massenmord, S. 21.

<sup>44</sup> Zu Gramls Vergleichen vgl. ebenda, S. 4, S. 16 f. u. S. 21.

<sup>45</sup> Vgl. ebenda, S. 16 f.

schung über die Besonderheit, ja Einzigartigkeit des rassenideologischen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion in dieser Weise zu ignorieren.

#### 4. Sind das Blitzkriegskonzept und sein Zusammenhang mit der Repressionspolitik ein nachträgliches Konstrukt?

Eine weitere der vielen Überraschungen, mit denen Hermann Graml in seinem Beitrag aufwartet, ist der Zweifel daran, dass sich die deutsche Militärelite einseitig auf das strategische Konzept fixiert habe, die Sowjetunion in einem „Blitzkrieg“ von sechs Wochen bis maximal drei Monaten vollständig zu besiegen. Diese Konzeption habe es „im strengen Sinne des Begriffs nicht gegeben“, so dass weder die Enttäuschung über das Scheitern des „Blitzkriegs“ im August 1941 so groß gewesen sei, noch ein Zusammenhang dieses Plans mit der Radikalisierung von Kriegführung und Besatzungsherrschaft in den ersten Monaten hergestellt werden könne<sup>46</sup>.

Nun ist sich allerdings die Forschung längst darüber einig, dass das „Unternehmen Barbarossa“ anders als der Westfeldzug, der sich eher überraschend zu einem „Blitzkrieg“ entwickelt hatte, von vornherein als kurzer, mit radikalen Mitteln durchzufechtender Feldzug konzipiert war<sup>47</sup>. Der Wortlaut der Weisung Hitlers „Fall Barbarossa“, die materielle Ausstattung des Ostheeres nur für einen Sommerfeldzug, die Verlagerung der Rüstung vom Heer auf die Luftwaffe und Marine, die lähmende Ratlosigkeit im August 1941, wie der Feldzug nach dem Ausbleiben des „Blitzsieges“ fortgesetzt werden sollte: Dies und vieles mehr zeugt vom Hasardspiel, alles auf die Karte des „Blitzkrieges“ gesetzt zu haben. Die Überschätzung der eigenen und die Unterschätzung der sowjetischen Kampfkraft findet sich auch bei den meisten Truppenbefehlshabern im Osten, etwa bei Generaloberst Georg v. Küchler, dem Oberbefehlshaber der 18. Armee, der seinen Kommandeuren bereits zwei Monate vor dem Angriff ankündigte, dass die Rote Armee nach dem ersten Durch-

<sup>46</sup> Vgl. ebenda, S. 18–22.

<sup>47</sup> Das „Unternehmen Barbarossa“ war „der einzige Blitzfeldzug, den die deutsche Führung im Zweiten Weltkrieg bewußt geplant und vorbereitet hatte.“ Bernhard R. Kroener, Der „erfrorene Blitzkrieg“. Strategische Planungen der deutschen Führung gegen die Sowjetunion und die Ursachen ihres Scheiterns, in: Bernd Wegner (Hrsg.), Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt bis zum „Unternehmen Barbarossa“, München 1991, S. 133–148, hier S. 145. Karl-Heinz Frieser, Blitzkrieg-Legende. Der Westfeldzug 1940, München 1996, S. 438: „Dem ‚Blitzkrieg‘-Erfolg gegen Frankreich hatte keine vorher festgelegte Doktrin zugrunde gelegen, es handelte sich vielmehr – wie Halder feststellte – um eine aus der Not geborene Improvisation. Gegen die Sowjetunion wollte man ein Jahr später das gleiche noch einmal versuchen, nur mit dem Unterschied, daß diesmal tatsächlich ein ‚Blitzkrieg‘ geplant war, und zwar vom Ansatz her sogar in strategischer Hinsicht. Gegen die Westmächte hatte man mit einem langwierigen, zeitlich zunächst unbefristeten Krieg gerechnet; die Sowjetunion wollte man in einem für drei Monate geplanten Feldzug militärisch zerschlagen. Auf diesen exakten Endzeitpunkt hin war die Mobilisierung der personellen und materiellen Ressourcen abgestimmt.“ Jürgen Förster, From „Blitzkrieg“ to „Total War“. Germany's War in Europe, in: Roger Chickering/Stig Förster/Bernd Greiner (Hrsg.), A World of Total War. Global Conflict and the Politics of Destruction 1937–1945, Cambridge 2005, S. 80–107, hier S. 98: „All the strategic, operational, tactical and production decisions that were made before the invasion rested on the assumption that Germany could win a Blitzkrieg over the Soviet Union in the summer of 1941.“

bruch nicht mehr fähig sein werde, „einen systematischen Widerstand erneut zu organisieren“, und der von einem zu erwartenden „Blitzsieg“ sprach<sup>48</sup>. Vielsagend ist auch die rückblickende Bemerkung von Generaloberst Adolf Strauß, der die 9. Armee führte: „Wäre der Rußlandfeldzug ein Blitzkrieg gewesen, hätten wir die Zivilbevölkerung nicht in Rechnung zu ziehen brauchen.“<sup>49</sup>

Diese Beispiele könnten beliebig fortgeführt werden. Sie machen den hohen Grad der Desillusionierung verständlich, als sich der Feldzug anders, nämlich langwierig und aufreibend entwickelte. Gerade die Tagebucheinträge des Generalfeldmarschalls Fedor v. Bock, in dessen Gefolge sich Tresckow und Gersdorff befanden, spiegeln diesen Wandel sehr deutlich wider. Während der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte in den ersten Wochen noch sehr optimistisch war<sup>50</sup>, erkannte er Mitte August das ganze Dilemma der militärischen Lage: „Bricht der Russe nicht bald irgendwo zusammen, so wird die Aufgabe, ihn so zu schlagen, daß er ausgeschaltet ist, vor dem Winter schwerlich zu lösen sein.“<sup>51</sup> Die Entscheidung Hitlers vom 21. August 1941, den Schwerpunkt der Operationen nach Süden zu verlagern, steigerte im Heeresgruppenkommando die Enttäuschung<sup>52</sup>. Es ist Hermann Graml zuzustimmen, dass dann die Vorbereitung einer letzten Offensive auf Moskau, die schließlich am 2. Oktober 1941 begann, noch einmal alte und neue Hoffnungen nährte. Allerdings war auch im Stab der Heeresgruppe Mitte die Selbstgewissheit des Frühsommers verfliegen. Selbst Bock zeigte sich Mitte September eher skeptisch, ob es gelingen werde, die Hauptmacht der Roten Armee „schnell zu zerschlagen und diesen Sieg noch vor dem Winter so auszunutzen, daß Rußland in diesem Kriege nicht wieder aufstehen kann“<sup>53</sup>. Außerdem zweifelte er am zu „engen“ Operationsansatz: „Die Enge des Denkens wird zur Kunst! Und nach der Schlacht werden wir wieder vor den feindlichen Reserven stehen!“ Sein operativer Gehilfe Henning v. Tresckow wird kaum anders gedacht haben oder optimistischer gewesen sein<sup>54</sup>.

<sup>48</sup> Notizen Küchlers für eine Besprechung mit den Divisionskommandeuren am 25. 4. 1941, in: Hans-Heinrich Wilhelm, Rassenpolitik und Kriegführung. Sicherheitspolizei und Wehrmacht in Polen und in der Sowjetunion 1939–1942, Passau 1991, S. 133–139, hier S. 135 f.

<sup>49</sup> Strauß an Generalfeldmarschall Fedor v. Bock, 1. 12. 1941, in: Alexander Dallin, Deutsche Herrschaft in Russland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik, Düsseldorf 1958, S. 343, Anm. 2.

<sup>50</sup> Vgl. Generalfeldmarschall Fedor von Bock. Zwischen Pflicht und Verweigerung. Das Kriegstagebuch, hrsg. v. Klaus Gerbet, München/Berlin 1995, etwa S. 206 (2. 7. 1941).

<sup>51</sup> Ebenda, S. 247 (12. 8. 1941).

<sup>52</sup> Vgl. etwa ebenda, S. 255 (22. 8. 1941). Vgl. im Übrigen auch Gersdorff, Soldat, S. 96: „Nach meiner Überzeugung ist dies die am schwersten wiegende Fehlentscheidung Hitlers gewesen, die letztlich den Verlust des ganzen Krieges einleiten und begründen sollte. Tresckow hatte die katastrophale Führungsschwäche Hitlers von Anfang an gesehen und war nun mehr denn je von der Notwendigkeit überzeugt, daß er rechtzeitig ausgeschaltet werden müsse, wenn Deutschland der sichere Weg in den Abgrund erspart werden sollte.“

<sup>53</sup> Bock, Kriegstagebuch, S. 277 (15. 9. 1941).

<sup>54</sup> Auch das wird von Gersdorff, Soldat, S. 94, gestützt: „Mit erstaunlicher Weitsicht beschrieb Tresckow in diesen Herbstwochen des Jahres 1941, in denen es mehr militärische Erfolge als Mißerfolge gab, das Ende Deutschlands, wie es schließlich 1945 stattfand.“

Es gibt also keinen Grund, von großem militärischem Optimismus im Heeresgruppenkommando auszugehen und Schlabrendorffs Sondierungen in den Berliner Oppositionskreisen Ende September 1941 einseitig mit der Empörung über NS-Verbrechen zu erklären. Zu diesem Zeitpunkt war der „Blitzkrieg“ längst gescheitert. Es ging nun um bescheidenere Ziele, vor allem um eine Verbesserung der Position zur Wiederaufnahme des Feldzugs im kommenden Jahr. Natürlich gab man den Krieg gegen die Sowjetunion noch nicht verloren. Jedoch erkannte gerade ein so kritischer Geist wie Tresckow, dass der langwierige Kampf gegen den bolschewistischen Erzfeind durch die Zweifrontensituation erheblich erschwert wurde: Daher die Frage Schlabrendorffs an Hassell, ob London nach einem Systemwechsel in Deutschland friedensbereit sei<sup>55</sup>. Die Suche nach einem Ausweg aus der verfahrenen militärischen Lage wurde noch dringender, als die Offensive auf Moskau bereits Mitte Oktober 1941 (nicht erst zur Monatswende Oktober/November, wie Graml meint!) im Schlamm stecken blieb. Und genau in diesen Tagen wurden die oppositionellen Offiziere bei der Heeresgruppe Mitte mit den schrecklichen Folgen des Übergangs vom selektiven zum unterschiedslosen Mord an den sowjetischen Juden konfrontiert. Die militärische Krise und die moralische Krise spitzten sich parallel zu und mussten stärker als zuvor zusammen gesehen werden. Wie Hermann Graml dem ersten Aspekt entgegenhalten kann, dass die militärische Kraft des Deutschen Reichs bis Anfang Dezember 1941 noch „nahezu ungeschmälert“ gewesen sei, ist rätselhaft, denn tatsächlich war die Masse des deutschen Heeres, die im Osten konzentriert war, materiell, physisch und psychologisch bereits vor der Winterkrise in einem völlig desolaten Zustand. Davon zeugen zahllose dramatische Berichte wie nüchterne Bestandsaufnahmen. Der Vorwurf Gramls, die Chronologie der historischen Ereignisse nicht beachtet zu haben, muss wohl eher ihn selbst treffen.

Doch kommen wir zurück zur ersten Phase des Feldzugs, der Phase des „Blitzkriegs“. Hermann Graml stellt in Abrede, dass die Fixierung auf einen schnellen Vorstoß und Sieg die radikalen Maßnahmen gegen feindliche Soldaten und Zivilisten erheblich gefördert oder zumindest zu ihrer Akzeptanz beigetragen habe. Gramls Auffassung widerspricht nicht nur den zeitgenössischen Quellen, sondern auch den Gesetzen der inneren Logik dieses „Vernichtungskriegs“. Die deutschen Stereotype über die sowjetische Elite und die von ihr beherrschte „dumpfe“ Masse führten zur allgemeinen Überzeugung, dass die Intensität und Dauer der Gegenwehr vor allem von den Korsettstangen in der Roten Armee und im stalinistischen System abhingen. Als solche wurden die kommunistischen Funktionäre sowie die „jüdische Intelligenz“ angesehen. Man kämpfte schließlich vor allem gegen den „jüdischen Bolschewismus“. Die Zentralstellen und Frontstäbe hämmerten der Truppe vor dem Angriff und in den Wochen danach immer wieder ein, dass das Erfolgsrezept zum einen im rücksichtslosen Vorgehen gegen jeden bewaffneten Widerstand, zum anderen im gezielten Herausbrechen der genannten Korsettstan-

<sup>55</sup> Vgl. Die Hassell-Tagebücher 1938–1944. Ulrich von Hassell. Aufzeichnungen vom Andern Deutschland, hrsg. v. Friedrich Frhr. Hiller v. Gaertringen, Berlin 1988, S. 278 (4. 10. 1941).

gen bestehe<sup>56</sup>. Dann werde der „an sich tapfere“, aber „dumpfe“ und von ideologischen Fanatikern angetriebene „Russe“ schon zusammenbrechen<sup>57</sup>.

Außerdem schienen die schnellen Vorstöße und die dadurch gefährlich überdehnten Linien ein brutales Niederhalten und Abschrecken aller feindlichen Handlungen im Rücken der Front umso notwendiger zu machen<sup>58</sup>. Auch der Befehl des Kommandierenden Generals Joachim Lemelsen vom 30. Juni 1941, den Graml als Beleg zitiert, thematisiert diesen Aspekt, indem er die Anordnungen über „ein rücksichtsloses Vorgehen gegen den Bolschewismus (polit. Kommissare) und jedes Freischärlertum“ bekräftigte und betonte, dass die „scharfen Maßnahmen“ gegen Freischärler der Truppe viel Blut sparen würden<sup>59</sup>. Gerade in den ersten, auf beiden Seiten mit größter Brutalität geführten Feldzugswochen setzte das Ostheer fast ausschließlich auf „Härte“ und „Rücksichtslosigkeit“, nicht nur im Kampf gegen die Rote Armee, sondern auch im Ausschalten echter und potentieller Feinde in der Zivilbevölkerung. Dass eine militärische Befehlsstelle wie das Heeresgruppenkommando Mitte diese Aufgabe gerne der Sicherheitspolizei überließ, versteht sich von selbst. Die Hauptsache war, dass man den „Blitzfeldzug“ schnell und ungestört zum Erfolg brachte. Erst als dieser Erfolg ausblieb, wurden teilweise Bedenken über die Repressionspolitik laut. Wer diese Zusammenhänge verkennt, verfällt wieder dem alten Fehler, die Angehörigen der Militäropposition aus ihrem professionellen Kontext herauszulösen und in das unwirkliche Licht reinen Heldentums zu tauchen.

## 5. Hat das Heeresgruppenkommando Mitte entgegen dem Kriegserlass am Völkerrecht festgehalten?

Mit besonderem Engagement tritt Hermann Graml der begründeten Annahme entgegen, dass der Kriegserlass auch im Heeresgruppenkommando Mitte als Grundlage der Repressionspolitik im Osten akzeptiert worden sei. Seine Argumentation steht allerdings auch in diesem Punkt auf tönernen Füßen. Als Beleg für die Behauptung, dass die Führung der Heeresgruppe auch

<sup>56</sup> So auch in Küchlers Rede vom 25. 4. 1941, vgl. Anm. 48. In Bezug auf den Kommissarbefehl sagte Küchler: „Wir wollen das Mittel jedenfalls anwenden. Es spart uns deutsches Blut u. wir kommen schnell vorwärts.“

<sup>57</sup> Vgl. dazu etwa die Dokumente des Kommandierenden Generals des XXXXIII. Armeekorps Heinrich aus dem Sommer 1941, z. B. den Brief an seine Frau, 3. 8. 1941, in: Johannes Hürter, Ein deutscher General an der Ostfront. Die Briefe und Tagebücher des Gotthard Heinrich 1941/42, Erfurt 2001, S. 72: „Erstaunlich ist für uns Alle immer wieder die Zähigkeit, mit welcher der Russe kämpft. [...] Die Gefangenen versichern immer wieder, es geschehe unter dem Druck der Kommissare, welche jeden totschießen, der nicht mitmache.“

<sup>58</sup> Förster, Blitzkrieg, in: Chickering/Förster/Greiner (Hrsg.), Total War, S. 105: „The goal of the army and the SS alike was the speedy breakup of the Soviet system of rule and the pacification of the conquered territories. [...] Hopes of achieving a more rapid and less costly military advance provided the officer corps with a clear conscience, as the army crushed active and passive resistance.“

<sup>59</sup> Korpsbefehl des XXXXVII. Panzerkorps (Abt. Ic, Nr. 80/41 geh.), 30. 6. 1941, in: BA-MA, RH 24-47/4, Anl. 154.

im Ostfeldzug am geltenden „Kriegsrecht festzuhalten gedachte“, zitiert Graml ausgerechnet den bekannten Befehl des Kommandierenden Generals des XXXXVII. Panzerkorps vom 30. Juni 1941<sup>60</sup>. Für Graml zeigt sich in ihm eine gegenläufige „Reaktion auf den ‚Gerichtsbarkeitserlaß‘“. Diese Interpretation ist unhaltbar. Der Korpsbefehl des Generals Lemelsen zielte darauf ab, die Gefangenenerschießungen zu unterbinden, die im Bereich seines Korps in großem Umfang vorkamen. Die „ehrenvolle, gute Behandlung“ der Kriegsgefangenen, die er seinen Truppen zur Pflicht machte, galt aber nicht ohne Einschränkung<sup>61</sup>. Gleichzeitig bekräftigte Lemelsen nämlich die Geltung der „verbrecherischen Befehle“ – eine Textstelle, die Graml geflissentlich übersieht und mit keinem Wort erwähnt: „Der Erlass des Führers befiehlt ein rücksichtsloses Vorgehen gegen den Bolschewismus (polit. Kommissare) und jedes Freischärlertum! Einwandfrei als hierzu gehörig festgestellte Leute sind abseits zu führen und *ausschliesslich auf Befehl eines Offiziers* zu erschossen.“<sup>62</sup> Wenn dieser Befehl wirklich „im Sinne des Oberkommandos der Heeresgruppe“ war, wie Hermann Graml meint, erübrigte sich ein bedeutender Teil unserer Debatte. Lemelsens Korpsbefehle als Belege für die Ablehnung des Gerichtsbarkeitserlasses im Bereich der Heeresgruppe Mitte zu werten, ist in jedem Fall vollkommen sinnenstehend<sup>63</sup>.

Auch der Befehl des Heeresgruppenkommandos vom 11. September 1941 ist kein Beweis dafür, dass „die Führung der Heeresgruppe beim traditionellen Kriegsrecht bleiben wollte“<sup>64</sup>. Zwar zeigt der Befehl durchaus, dass dieser Stab zu den Kommandobehörden gehörte, die eine gemäßigte Besatzungspolitik verfolgten. Dennoch blieb der Grundsatz bestehen, dass „gegen Freischärler“ ohne kriegsgerichtliche Verfahren die „Todesstrafe“ verhängt wurde. Dasselbe galt auch für „sich ergebende Partisanen in voller Uniform“, sobald ihnen „völker-

<sup>60</sup> Vgl. hierzu und zum Folgenden Graml, Massenmord, S. 21 f.

<sup>61</sup> Korpsbefehl des XXXXVII. Panzerkorps (Abt. Ic, Nr. 80/41 geh.), 30. 6. 1941, in: BA-MA, RH 24-47/4, Anl. 154. Eine knappe Woche zuvor hatte Lemelsen bereits ein ähnliches Verbot von Gefangenenerschießungen ausgesprochen, vgl. den Befehl des XXXXVII. Panzerkorps, 25. 6. 1941, in: BA-MA, RH 26-29/60, Anl. 19.

<sup>62</sup> Korpsbefehl des XXXXVII. Panzerkorps (Abt. Ic, Nr. 80/41 geh.), 30. 6. 1941, in: BA-MA, RH 24-47/4, Anl. 154, Hervorhebung im Original. Ein äquivalenter Hinweis ist auch in dem Befehl vom 25. 6. 1941 enthalten.

<sup>63</sup> Helmut Krausnick, von dem Graml das Zitat aus Lemelsens Befehl übernommen hat, zitiert die Quelle vollständig. Vgl. Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981, S. 262 f. In Lemelsens persönlichem Tagebuch finden sich keine Hinweise auf diese Vorgänge. Bemerkenswert sind aber zumindest seine rassistischen Äußerungen: „Diese Bevölkerung hier ist entsetzlich, nur Polaken u. Juden und derartig dreckig, ärmlich u. minderwertig, daß es einen schaudern kann.“ Eintrag vom 10. 6. 1941, in: BA-MA, MSg 1/1147, S. 3. Aus den Tagebucheinträgen Lemelsens sprechen ansonsten kaum Bedenken gegenüber der radikalen Repressionspolitik. Vgl. den Eintrag vom 2. 12. 1941: „Am Dorfeingang baumeln an einem Balken aufgereiht etwa 15 Rotarmisten. Davor steht auf einem Schild: ‚Diese Bestien haben in der Nacht zum 25./26.11.41 verwundete deutsche Soldaten verstümmelt u. ermordet.‘ Schauerliches Bild, schreckliche asiatische Typen. Gegen solche Tiere in Menschengestalt müssen deutsche Soldaten kämpfen!“ In: BA-MA, MSg 1/1148, S. 32.

<sup>64</sup> Graml, Massenmord, S. 22.

rechtswidrige Handlungen nachgewiesen“ werden konnten. Die Verfügung bedeutete keineswegs eine Abkehr von den Bestimmungen des Gerichtsbarkeitserlasses<sup>65</sup>. Zudem beruht Gramls Beweisführung zum Teil auf falschen Prämissen. So argumentiert er mit einer angeblichen Bestimmung des Gerichtsbarkeitserlasses, die gar nicht existiert hat und auch nicht dem Sinn des Befehls entsprochen hätte: „Die Anordnung, gegen Deutsche straffällig gewordene Zivilisten den Einsatzgruppen zu überantworten“, die laut Graml den ersten Teil des Erlasses bildete, sucht man darin vergeblich<sup>66</sup>. Die Einsatzgruppen kommen im Text des Kriegsgeschichtsbefehls nicht vor, weil seine Zielrichtung die „sofortige Selbsthilfe“<sup>67</sup> der Truppe war. Eine genauere Lektüre der angeblich ja vernachlässigbaren zeitgenössischen Militärakten und vor allem der „verbrecherischen Befehle“, die seit langem in verschiedenen, einschlägigen Editionen zugänglich sind, hätte diesem frappierenden Fehler vorgebeugt.

Aus ähnlichen Gründen verliert Gramls Deutung der Befehlszusätze zum Gerichtsbarkeitserlass an Stichhaltigkeit. Hermann Graml bezieht sich auf angebliche Aussagen aus dem Beitrag Felix Römers, die dort nicht getroffen wurden<sup>68</sup>. Befehlszusätze, denen man entnehmen könnte, dass ihre Urheber den Erlass „als ein Dokument der Ehrlosigkeit“ angesehen hätten, sind in den Akten des Ostheeres nicht überliefert und können daher von Römer auch nicht zitiert worden sein. Die Quellen ergeben ein weit differenzierteres Bild. Dass die Befehlszusätze von Frontstäben zur „Wahrung der Manneszucht“ eine regulierende Funktion hatten und auf die Prävention von willkürlichen Gewaltexzessen abzielten, ist unstrittig. Doch selbst wenn manche Kommandeure dabei auch an den Schutz der Zivilbevölkerung gedacht haben mögen, stand – gerade nach den erschreckenden Erfahrungen in Polen 1939 – ihre Furcht vor einer „Verwilderung der Truppe“<sup>69</sup>, also die vitale Sorge um die Leistungsfähigkeit ihrer Verbände immer im Vordergrund. Alles andere war sekundär. Auch General Lemelsen hatte vor dem Feldzug an seine Truppenführer appelliert, keine „Lockerung der Disziplin“ zu dulden<sup>70</sup>. Als er am

<sup>65</sup> Vgl. den Befehl der Heeresgruppe Mitte (Abt. Ic/AO, Nr. 174/41 geh.), 11. 9. 1941, in: BA-MA, RH 21-2/656, Bl. 54 ff. Die Anordnung, uniformierte, kapitulierende Partisanen als Kriegsgefangene zu behandeln, ist im Bereich der Heeresgruppe offenbar kaum beachtet worden. Die Unterscheidung, ob Partisanen uniformiert waren oder nicht, spielte in den Befehlen der unterstellten Kommandobehörden in der Folgezeit zumeist keine Rolle. Meldung des Befehlshabers des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte (Abt. Ia) an die Heeresgruppe Mitte, 20. 9. 1941, in: BA-MA, RH 22/227, Bl. 33 f.: „Der Befehlshaber gab daher den Befehl, hier schärfstens durchzugreifen und auch in der Art der Bekämpfung der Partisanen selbst rücksichtsloser vorzugehen als bisher.“

<sup>66</sup> Graml, Massenmord, S. 14.

<sup>67</sup> Vgl. die Erläuterungen des Generals z.b.V. bei der Besprechung vom 10. 6. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/722, Bl. 87. Die zentrale Bestimmung war die Ermächtigung aller Offiziere zur Anordnung verfahrensloser Exekutionen.

<sup>68</sup> Vgl. Graml, Massenmord, S. 14. Vgl. hierzu die Passage, auf die sich Graml bezieht: Römer, Heeresgruppenkommando, S. 455. Zur Umsetzung des Gerichtsbarkeitserlasses und zur Bedeutung der Befehlszusätze erscheint in den VfZ demnächst ein ausführlicher Beitrag von Römer.

<sup>69</sup> Vgl. z.B. Armeecorpskommando 6 (Abt. Ic/AO, Nr. 209/41 g.Kdos.), 16. 6. 1941, in: BA-MA, RH 20-6/96, Bl. 155.

<sup>70</sup> XXXXVII. Panzerkorps, Kriegstagebuch Ia, 14. 6. 1941, 10.00 Uhr, in: BA-MA, RH 24-47/2.

14. Juni 1941 die unterstellten Kommandeure über den Kriegsgerichtsbarkeitserlass unterrichtete, betonte er: „Schärfstes Durchgreifen gegen Disziplin- und Zügellosigkeit ist zur Erhaltung der Schlagfähigkeit der Truppe erforderlich.“ Dass es ihm tatsächlich in erster Linie um die Schlagkraft seiner Verbände ging, und wie wenig mit dieser Anweisung eine „mitschwingende Mißbilligung des Erlasses“<sup>71</sup> verbunden war, belegen seine bekannten Befehle aus der Folgezeit, die den Truppen „rücksichtsloses Vorgehen gegen [...] jedes Freischärlertum“ vorschrieben<sup>72</sup>.

Dass auch die Befehlszusätze des Heeresgruppenkommandos auf der Linie des Gerichtsbarkeitserlasses lagen, was Graml kategorisch abstreitet, ist bei einer näheren Betrachtung dieser Zusätze kaum von der Hand zu weisen<sup>73</sup>. Ihren affirmativen Charakter offenbaren vor allem zwei Passagen, erstens der ausdrückliche Hinweis auf die völkerrechtswidrige Außerkraftsetzung des Rechts zum Waffengreifen, das der sowjetischen Zivilbevölkerung nach der Haager Landkriegsordnung zustand, und zweitens die willkürlich erweiterte Definition des irregulären Kombattantenstatus: „Unter Freischärler sind feindliche Zivilpersonen zu verstehen, die in irgendeiner Form Gewaltmassnahmen gegen die Truppe ausüben (Betätigung mit der Waffe oder gefährlichen Werkzeugen, Sabotage usw.).“ Beide Ergänzungen des Heeresgruppenkommandos entsprachen den Grundgedanken des Gerichtsbarkeitserlasses und gingen sogar noch über dessen Inhalt hinaus. Sie beruhten einzig auf den Erklärungen, die der General z. b. V. Eugen Müller während der Besprechungen am 10. und 11. Juni 1941 in Allenstein und Warschau gegeben hatte<sup>74</sup>. Dass die Führung der Heeresgruppe Mitte in ihren Befehlszusätzen aus eigener Initiative mündliche Maßgaben festschrieb, die den Kriegsgerichtsbarkeitserlass eindeutig bestätigten, spricht kaum dafür, dass sie diesen Rahmenbefehl für das brutale Vorgehen der deutschen Truppen im „Unternehmen Barbarossa“ grundsätzlich ablehnte und stattdessen am traditionellen „Kriegsrecht festzuhalten gedachte“. Das Gegenteil ist der Fall.

## 6. Waren die moralischen Motive der Militäropposition stets ausschlaggebend?

Kommen wir abschließend zur Frage zurück, an der sich die ganze Kontroverse erst entzündet hat. Hermann Graml richtet sich vehement gegen unsere Interpretation der Akten *und* der Erinnerungen, dass die massenhaften Erschießungen von Juden in der besetzten Sowjetunion im Sommer 1941 im Heeresgruppenkommando Mitte noch keine erkennbare Empörung ausgelöst hätten und

<sup>71</sup> Graml, Massenmord, S. 14.

<sup>72</sup> Vgl. Anm. 61. Vgl. auch Lemelens Korpsbefehl vom 27. 6. 1941 zur „Wahrung der Manneszucht“, in: BA-MA, RH 24-47/4, Anl. 121: „Wenn ein Freischärler auf frischer Tat ertappt wird, so ist er sofort zu erschiessen.“

<sup>73</sup> Vgl. Graml, Massenmord, S. 13 f. u. S. 23 f. Vgl. hierzu und zum Folgenden die Befehlszusätze der Heeresgruppe B vom 13. 6. 1941, in: BA-MA, WF-03/9121, Bl. 31 f.

<sup>74</sup> Zu diesen Besprechungen vgl. z. B. den Tätigkeitsbericht Ic der Panzergruppe 3, in: BA-MA, RH 21-3/423, Bl. 29. Der General z. b. V. hatte am 10. 6. 1941 von einem Freischärler-Begriff „im erweiterten Sinne“ gesprochen; vgl. Anm. 67.

daher auch noch kein ausschlaggebendes Motiv für die Entscheidung zum Widerstand gewesen sein könnten. Dem wird ein ungetrübtes Bild der oppositionellen Offiziere entgegengehalten. Die moralische Motivation – das betont Graml „mit allem Nachdruck“ – sei „das stärkste und ausschlaggebende Movens“<sup>75</sup>, der moralische Impuls „die durchgehende und immer wieder ausschlaggebende Kraft“<sup>76</sup> gewesen. Daher verbiete sich die Annahme, „Tresckow und seine Freunde hätten die Erschießungsaktionen der Einsatzgruppe und einiger Heeresformationen in den ersten Monaten des Krieges gegen die Sowjetunion mit Gleichgültigkeit hingenommen“<sup>77</sup>.

Wenn Gramls Version zuträfe, müsste aber umso mehr gefragt werden, was Gersdorff davon abhielt, in seinen Erinnerungen die Dinge so zu schildern, wie sie dann gewesen wären: Wir haben schon im Juli 1941 von den Massennorden Kenntnis erhalten, und sie haben uns tief empört! Warum verleugnet er stattdessen die frühe Kenntnis, rückt den Massenmörder Nebe in ein erstaunlich mildes Licht und setzt erst das Massaker von Borisov am 20./21. Oktober 1941 als das Ereignis an, das den späteren Verschwörern die Augen geöffnet habe? Musste er das? Warum liest Graml dieses Selbstzeugnis, das er „in den wesentlichen Punkten“ für glaubwürdig hält<sup>78</sup>, nicht als verdecktes Eingeständnis, dass erst der Übergang der Judenverfolgung zum *unterschiedslosen* Massenmord auch an Frauen und Kindern, aber eben noch nicht der *selektive* Massenmord an „verdächtigen“ jüdischen Männern zur ausschlaggebenden moralischen Empörung geführt habe? Warum überliest er, dass Gersdorff und auch Schlabrendorff zugeben, in den ersten Monaten gut mit Nebe zusammengearbeitet zu haben? Warum ignoriert er den bezeichnenden Versuch Gersdorffs, die selektiven Judenmorde des Sommers 1941 nach dem Krieg vor der Staatsanwaltschaft München als „kriegsbedingte Erschießungen“ zu rechtfertigen, und dessen Zusatz: Er persönlich habe die Erfahrung gemacht, „dass sich unter den Agenten sehr viele Juden befanden und dass sich unter der jüdischen Bevölkerung eine größere und aktivere Kriminalität ergab, als bei der übrigen russischen Bevölkerung“<sup>79</sup>? Schwebt es wirklich so „ohne Grundlage frei in der Luft“<sup>80</sup>, wenn man die widersprüchlichen Aussagen des Kronzeugen der Tresckow-Gruppe mit der Realität des Ostkrieges konfrontiert und den absolut zwingenden Schluss zieht, dass Gersdorff die Kooperation des Heeresgruppenkommandos mit der Einsatzgruppe B in der Anfangsphase nachträglich höchst unangenehm war und er seine Gründe dafür hatte?

Auch diese Deutung wird durch die „Gesetze der Psychologie“ gestützt, auf die sich Hermann Graml beruft<sup>81</sup> – aber eben auch durch den kritischen Vergleich rückblickender Aussagen mit zeitgenössischen Quellen und Realitäten, den er

<sup>75</sup> Graml, Massenmord, S. 4.

<sup>76</sup> Ebenda, S. 22.

<sup>77</sup> Ebenda, S. 12.

<sup>78</sup> Ebenda, S. 3.

<sup>79</sup> Zit. nach Gerlach, Morde, S. 1121 (6. 5. 1959).

<sup>80</sup> Graml, Massenmord, S. 2.

<sup>81</sup> Ebenda, S. 12.

weitgehend unterlässt. Eine dieser Quellen – und bisher noch nicht von uns herangezogen – ist ein Tätigkeitsbericht Arthur Nebes an das Reichssicherheitshauptamt vom 14. Juli 1941, der dem Heeresgruppenkommando mit großer Wahrscheinlichkeit ebenfalls vorgelegt wurde<sup>82</sup>. In ihm ging der Einsatzgruppenchef auch auf die Zusammenarbeit mit dem Heeresgruppenkommando ein: „Bei der Heeresgruppe Mitte (Oberbefehlshaber: Generalfeldmarschall von Bock, Chef des Generalstabes: Generalmajor von Greiffenberg, Ic: Major i. G. von Gersdorf[f]), der für sämtliche Aktionen ausschlaggebenden militärischen Führung, wurde meinen Maßnahmen das vollste Verständnis entgegengebracht.“<sup>83</sup> Nebe nutzte dieses gute Verhältnis, um eine noch größere Bewegungs- und Handlungsfreiheit für seine Mordkommandos zu erlangen, als sie zwischen dem Oberkommando des Heeres und dem Reichssicherheitshauptamt („Wagner-Heydrich-Abkommen“) abgesprochen war. Nach seinem Bericht gelang ihm die Ausweitung seines Operationsradius’ bis in das Gefechtsgebiet hinein vor allem deshalb, weil die Beschränkungen durch das Wagner-Heydrich-Abkommen „auch nach Auffassung der Heeresgruppe nur formelle Bedeutung“ hatten. Diese bemerkenswerte Haltung der maßgeblichen Kommandobehörde führte dazu, dass Nebe und seine Leute „nach eigenem taktischen Ermessen freizügig im Bereich der Heeresgruppe operieren“ konnten<sup>84</sup>.

Mit Hilfe der Methode, den Charakter als ausschlaggebendes Argument anzusehen, kann man natürlich auch dieses Dokument vom Tisch wischen und behaupten, dass man einer „unerfreulichen“<sup>85</sup> Gestalt wie Nebe anders als den Vertretern der „geistigen wie charakterlichen Elite“<sup>86</sup> um Tresckow nicht glauben könne. Allerdings ist es eine historische Tatsache, dass nicht nur das Oberkommando der Heeresgruppe Mitte, sondern auch ihr nachgeordnete Stäbe den Kommandos der Sicherheitspolizei und des SD zusätzliche Räume und Möglichkeiten öffneten, um ihre radikalen „Maßnahmen“ durchzuführen. So betonte etwa der Generalstabschef der 2. Armee, Oberst i. G. Hermann v. Witzleben, auch er übrigens ein konservativer Offizier und nach dem Krieg ein Zeuge der Widerstandsforschung, in einem Schreiben an das Heeresgruppenkommando Mitte vom 10. August 1941: Dort, wo das Sonderkommando 7b „fest durchgegriffen“

<sup>82</sup> Dieser Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 23.6. bis 13. 7. 1941, in: Zentralarchiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin, ZUV 9, Bd. 31; abgedruckt in: Peter Klein (Hrsg.), Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Berlin 1997, S. 375–386. Dieser Bericht befand sich höchstwahrscheinlich also ebenfalls in den Akten der Heeresgruppe Mitte, die mit Teilen der Korrespondenz zwischen dem Heeresgruppenkommando und der Einsatzgruppe B von der Roten Armee erbeutet wurden.

<sup>83</sup> Ebenda, S. 380. Er hob ebenfalls die „denkbar beste“ Zusammenarbeit mit der Geheimen Feldpolizei hervor, deren Einsatz in den Verantwortungsbereich Gersdorffs fiel. „Die GFP stellt sogar Trupps zur Unterstützung bei unseren Liquidierungen ab.“ (Ebenda, S. 381).

<sup>84</sup> Ebenda, S. 380. „Es war mir dabei auch leichter möglich, größere sicherheitspolizeiliche Maßnahmen auslösen zu lassen. Diese Methode hat sich besonders bei den Liquidierungs-Aktionen in Bialystok und Minsk gut bewährt [...]“

<sup>85</sup> Graml, Massenmord, S. 6.

<sup>86</sup> Ebenda, S. 5.

habe, sei dies „von der Truppe immer dankbar empfunden worden“<sup>87</sup>. Allerdings sei das Kommando allein zu schwach, „die dringend notwendigen Maßnahmen [...] gegen alle Elemente durchzuführen, die zu einer heimlichen Unterstützung von Banden befähigt sind“. Daher forderte Witzleben „stärkere Einheiten des SD zur unmittelbaren Zusammenarbeit mit dem Armee-Oberkommando“ sowie ein „weiteres Vorziehen des SD“, „zumal auch die Truppe sofortige Maßnahmen dringend wünscht, die zu ergreifen und durchzuführen sie selbst nicht in der Lage ist“. Dass damit vor allem die Ausweitung von Exekutionen befürwortet und gefördert wurde, konnte zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr strittig sein.

Diese Akten stützen die These von einer engen Kooperation zwischen den Kommandobehörden der Heeresgruppe Mitte und der Einsatzgruppe B, deren selektive Mordaktionen gegen jüdische und auch nichtjüdische Männer zumindest während der ersten Feldzugsphase nach allem Dafürhalten auch von konservativen und eventuell schon oppositionellen Offizieren geduldet wurden. Aber zeitgenössischen Akten und Dokumenten begegnet Hermann Graml mit größter Skepsis, sofern sie sein einseitig positives Widerstandsbild trüben. Das gilt auch für die authentischen Zeilen, die Henning v. Tresckow am Ende des Frankreichfeldzugs an Luise v. Benda schrieb und in denen er seinen „Kleinmut“ eingestand, der nunmehr „angesichts dieser ungeheueren Erfolge“ verfliegen sei<sup>88</sup>. Während das teilweise tendenziöse Erinnerungsmaterial in Bodo Scheurigs Biographie als „dicht und überzeugend“ gepriesen wird<sup>89</sup>, will Graml dieses höchst rare zeitgenössische Dokument nicht als das akzeptieren, was es ist und auch sein darf, ohne dem mutigen Patrioten Tresckow die Ehre abzuschneiden: ein Eingeständnis der eigenen Unsicherheit nach dem überwältigenden Sieg über Frankreich. Niemand zwang Tresckow, diese Postkarte so zu formulieren, wie er sie formuliert hat! Er tat es aus freien Stücken. Daher sollte man dieses, vielleicht punktuelle, Dokument des Schwankens ernst nehmen. Auch hier stellt sich die Frage: Warum muss die Biographie eines Widerstandskämpfers wie Henning v. Tresckow schon seit den 1930er Jahren „ohne Dissonanz“ sein, wie Graml das postuliert<sup>90</sup>? Und warum muss eine Konfirmationsrede aus dem April 1943 – also zu einem Zeitpunkt, für den auch von uns die entschiedene Widerstandshaltung Tresckows nicht bezweifelt wird – als unumstößlicher Beweis der „Festigkeit seines Weltbilds“ zu allen Zeiten angenommen werden<sup>91</sup>? Dissonanzen und Zweifel passen nicht in Gramls Bild. Biographische Brüche gehören aber zur Entwicklung eines jeden Menschen. Warum werden sie nicht auch einem Henning v. Tresckow zugestanden? Soll sich die Widerstandsforschung mit Menschen oder mit Ikonen beschäftigen?

<sup>87</sup> Armeeoberkommando 2 (Ic/AO, Nr. 1662/41 geh., gez. Witzleben) an Heeresgruppenkommando Mitte, 10. 8. 1941, in: BA-MA, RH 20-2/1091.

<sup>88</sup> Postkarte vom 29. 5. 1940, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, ED 115/20.

<sup>89</sup> Graml, Massenmord, S. 9, Anm. 18.

<sup>90</sup> Ebenda, S. 10.

<sup>91</sup> Ebenda, S. 11.

Wir können dem Vorwurf, die Gesamtpersönlichkeit eines Tresckow oder Gersdorff ausgeklammert zu haben, mit größerer Berechtigung entgegenhalten, dass Hermann Graml die Entwicklungsprozesse ignoriert, die erst nach und nach die Bereitschaft zum Staatsstreich schufen. Seine Formulierungen sind in dieser Hinsicht äußerst unscharf und verkennen, dass Regimekritik und eine oppositionelle Haltung noch nicht gleichbedeutend mit aktivem Widerstand sind. Es ist die Aufgabe des Historikers, den biographischen und geistigen Weg zum Widerstand zu analysieren. Dazu gehört die Frage nach den Motiven. Ebenso wie Graml verweisen auch wir auf die Briefe Hellmuth Stieffs<sup>92</sup>, „der vom gleichen Geist wie die Tresckow, Kleist und Gersdorff bewegt war“<sup>93</sup>. Diese Dokumente belegen jedoch gerade etwas, was Graml nicht wahrhaben will und daher geflissentlich überliest: die Doppelgesichtigkeit von Regimekritik und bewusster Beteiligung an einer völkerrechtswidrigen Kriegführung. Neben der Empörung über das NS-Regime und seine Untaten finden sich bei Stieff auch Passagen wie diese: Es sei „höchste Zeit“ gewesen, den Bolschewismus, „diese ganz Europa bedrohende Gefahr auszuräumen“<sup>94</sup>. „Es ist schon besser, die Bevölkerung verhungert und erfriert als wir.“<sup>95</sup> „Ich gebe heute *besinnungslos* den Befehl zum Erschießen von soundsoviel Politruks oder Partisanen, er oder ich – das ist verdammt einfach.“<sup>96</sup> Auch sind Stieffs Briefe seit dem Scheitern des Blitzkriegskonzepts durchzogen von pessimistischen Lagebeurteilungen. Bereits am 2. August 1941 konstatierte er, dass der erwartete große operative Erfolg ausgeblieben sei: „Das erste Mal während dieses Krieges kommen mir Zweifel, ob wir mit der Aufgabe fertig werden.“ Noch im selben Monat beklagte er die „schwere physische Ermüdung und Schwächung der Truppe“<sup>97</sup> und sah durch den „blutige[n] Dilettantismus“ Hitlers<sup>98</sup> den Erfolg des Feldzugs in Frage gestellt<sup>99</sup>. In den kommenden Monaten wuchs sein Pessimismus noch. Kein Geringerer als Hans Rothfels hat bereits 1954 aus dieser Quelle die Erkenntnis gezogen, dass die „Entschlossenheit zur Teilnahme an der Verschwörung“ nicht nur moralisch motiviert gewesen, sondern auch aus der „Empörung eben über das unverantwortliche militärische Handeln im Osten“ erwachsen sei. Rothfels nennt dieses Motiv „eine ja auch sonst reichlich bezeugte Entwicklungslinie vom militärischen Protest und der Verantwortung des Fachmanns her“<sup>100</sup>.

Als Gegenbeispiel zu unserer Herangehensweise wird Hans Mommsen genannt, der es sich bei allem kritischem Forschergeist nicht erlaubt habe, „das Faktum zu vergessen, zu ignorieren oder doch geringzuschätzen, daß wir es bei

<sup>92</sup> Vgl. bereits Hürter, Weg, S. 552.

<sup>93</sup> Graml, Massenmord, S. 5.

<sup>94</sup> Hellmuth Stieff, Briefe, hrsg. u. eingel. v. Horst Mühleisen, Berlin 1991, S. 124 (29. 8. 1941).

<sup>95</sup> Ebenda, S. 135 (19. 11. 1941).

<sup>96</sup> Ebenda, S. 140 (7. 12. 1941).

<sup>97</sup> Ebenda, S. 114 (2. 8. 1941).

<sup>98</sup> Ebenda, S. 123 (23. 8. 1941).

<sup>99</sup> Ebenda, S. 120 f. (17. 8. 1941).

<sup>100</sup> Hans Rothfels, Ausgewählte Briefe von Generalmajor Hellmuth Stieff (hingerichtet am 8. August 1944), in: VfZ 2 (1954), S. 291–305, hier S. 294.

den Verschwörern gegen Hitler mit einer sowohl geistigen wie charakterlichen Elite zu tun haben, die nicht nur politische Interessen und Überzeugungen repräsentierte, sondern mehr noch das bei einem nur allzu großen Teil eingeschlafene Gewissen der Nation<sup>101</sup>. Mommsen hat es sich aber immerhin erlaubt, die Ansicht zu vertreten, dass der „Aspekt des Holocaust, soweit er den Mitgliedern der Opposition voll zu Bewußtsein kam, hinter das Motiv, eine militärische Niederlage und einen Sieg der Sowjetunion abzuwenden, zurücktrat“<sup>102</sup>. Soweit sind wir in unseren Beiträgen gar nicht gegangen – ganz abgesehen davon, dass auch wir die vorbildliche Tat der Männer des 20. Juli voll anerkennen, freilich ohne in das Pathos zu verfallen, das Graml immer dann anschlägt, wenn es um die Widerständler, den ostelbischen Adel oder gar das „alte Preußen“ geht<sup>103</sup>.

Die von Johannes Hürter aufgeworfenen Fragen beziehen sich auf einige Monate des Jahres 1941. Anders als Hermann Graml unterstellt, wird dabei nirgendwo behauptet, das Heeresgruppenkommando Mitte habe in der ersten Feldzugsphase „unterschiedslosen Massenmord aus militärischen Gründen für akzeptabel oder sogar für unvermeidlich gehalten“<sup>104</sup>. Das wäre auch unsinnig, da ja – wie die Holocaust-Forschung inzwischen eindeutig herausgearbeitet hat – der Massenmord an den sowjetischen Juden in dieser Zeit noch keineswegs *unterschiedslos*, sondern *selektiv* war. Als er im Oktober 1941 im Bereich der Heeresgruppe Mitte unterschiedslos wurde, kamen eindeutige Proteste, die im Sommer 1941 freilich ebenso eindeutig ausgeblieben waren. Stattdessen hatte der Stab der Heeresgruppe mit der Einsatzgruppe B kooperiert und sie gewähren lassen. Es ist daher mehr als unwahrscheinlich, dass die Verbrechen der Sicherheitspolizei und des SD bereits im Sommer 1941 ein Motiv zum Widerstand bildeten. Gersdorff und Schlabrendorff haben das ja auch gar nicht behauptet, sondern auf den Herbst 1941, auf Borisov verwiesen. Es gibt nach wie vor keinen Anlass, von dieser gut begründeten Erkenntnis abzurücken.

## 7. Schluss

Hermann Gramls so apodiktisch formulierte Kritik wird dem derzeitigen Forschungsstand und den geltenden wissenschaftlichen Methoden einer differenzierten Quellenanalyse nicht gerecht. Wir sind weder bereit, die kurz nach dem Zweiten Weltkrieg festgeschriebene Legende vom stets unbeirrbaren, stets moralisch handelnden Widerständler ohne Fehl und Tadel als sakrosankt zu akzeptieren,

---

<sup>101</sup> Graml, Massenmord, S. 5.

<sup>102</sup> Hans Mommsen, Der Widerstand gegen Hitler und die nationalsozialistische Judenverfolgung, in: Ders., *Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes*, München 2000, S. 384–415, hier S. 408.

<sup>103</sup> Graml hat die Forschungen Stephan Malinowskis über den Adel in der NS-Zeit offenbar nicht zur Kenntnis genommen. Diese widerlegen die Legende, der Adel sei als „geistige Elite“ mit traditionellen Ehrbegriffen resistenter gegen die nationalsozialistische Amoral gewesen als andere Gruppen, mit dem Hinweis auf das „tausendfache“ Mitwirken von Adeligen an der nationalsozialistischen Gewaltpolitik. Vgl. Malinowski, König, S. 589 ff.

<sup>104</sup> Graml, Massenmord, S. 23.

noch den authentischen Zeitdokumenten so weit zu misstrauen, dass schließlich das geschönte Bild der Erlebnisgeneration über das Verhalten der Wehrmacht im deutsch-sowjetischen Krieg in den unverdienten Rang wissenschaftlicher Lehrmeinung gehoben wird. Dass Hermann Graml sich nicht von der Geschichtspolitik der 1950er Jahre, in die er als junger Historiker hineingewachsen ist, und wohl auch nicht von persönlichen Bindungen an die Zeitzeugen von Krieg und Widerstand frei machen kann, mag verständlich sein. Jedoch müssen für die Erforschung des Widerstands und des Ostkriegs dieselben wissenschaftlichen Standards gelten wie für alle anderen Forschungsfelder der Geschichtswissenschaft auch.